Statistik der Gesetzgebung – Überblick 17. Wahlperiode

Stand: 3.6.2010

1.	Gesamtzahl der beim Bundesrat bzw. Bundestag eingebrachten Gesetzesvorhaben	158
	Regierungsvorlagen	63
	Gesetzesanträge von Ländern	41
	davon bereits vor Beginn der laufenden Wahlperiode dem Bundesrat zugeleitet	1
	Initiativen des Bundestages	54
2.	Beim Bundestag eingebracht	113
	Regierungsvorlagen	40
	Initiativen des Bundesrates	19
	Initiativen des Bundestages	54
	CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	1
	CDU/CSU, SPD, FDP	2
	CDU/CSU, FDP	8
	SPD	17
	DIE LINKE	9
	Bündnis 90/Grüne	17
3.	Im Bundestag in 1. Beratung behandelt	81
4.	Vom Bundestag verabschiedet	20
	Regierungsvorlagen	15
	Initiativen des Bundesrates	0
	Initiativen des Bundestages	5
	CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	0
	CDU/CSU, SPD, FDP	0
	CDU/CSU, FDP	5
	SPD	0
	DIE LINKE	0
	Bündnis 90/Grüne	0
	Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen der Bundestagsausschüsse	0

	Vereinigungen von Gesetzentwurfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative	C
5.	Im Bundesrat behandelte Gesetzesbeschlüsse (2. Durchgang und Vermittlungsverfahren)	16
	Zustimmungsversagungen	C
	Gesetze, zu denen der Bundesrat Einspruch einlegte	C
	Einspruch vom Bundestag zurückgewiesen	C
6.	Vermittlungsverfahren	
	Gesetzesbeschlüsse des Bundestages,	1
	zu denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde	
	Gesamtzahl der Anrufungen des Vermittlungsausschusses	1
	Anrufungen durch den Bundesrat	1
	Anrufungen durch die Bundesregierung	C
	Anrufungen durch den Bundestag	C
7.	Verkündungen	8
	als zustimmungsbedürftig verkündet	5
	als nicht zustimmungsbedürftig verkündet	3
	Regierungsvorlagen	5
	Initiativen des Bundesrates	C
	Initiativen des Bundestages	3
	CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	C
	CDU/CSU, SPD, FDP	C
	CDU/CSU, FDP	3
	SPD	C
	DIE LINKE	C
	Bündnis 90/Grüne	C
	Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von	C
	Ausschussempfehlungen (Bundestag oder Vermittlungsausschuss)	
	Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	C

^{*} Anzahl derjenigen zusammengeführten Paralleleinbringungen von Gesetzentwürfen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen, bei denen unklar ist, wessen Entwurf weitergeführt worden ist.